

D. Friedrich Giese, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt, Preußische Rechtsgeschichte. Übersicht über die Rechtsentwicklung der Preußischen Monarchie und ihrer Landesteile. Berlin und Leipzig 1920. 270 S. 8°.

Wenn man dieses Buch gerecht beurteilen will, so muß man von vornherein feststellen, daß sein Inhalt durchaus nicht das bietet, was sein Titel besagt. Nicht eine preußische Rechtsgeschichte gibt Giese, sondern es handelt sich ganz ausschließlich um eine Geschichte der preußischen Verfassung, einschließlich der Verfassung der Verwaltungsbehörden. Was sonst in einer Rechtsgeschichte zu suchen ist, fehlt. Vom Strafrecht wird so gut wie gar nicht gehandelt; die Erwähnung des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 (S. 216) kann darüber nicht hinwegtrösten. Das Privatrecht wird materiell nicht herangezogen, und was über die Gesetzgebung auf diesem Gebiete mitgeteilt wird, ist im höchsten Maße dürftig. Man vergleiche etwa S. 29 und 30 über das Privatrecht des Ständestaates, wo auch die Bemerkung sich findet, daß die *Constitutio Joachimica* „dem sächsischen Recht kaum Rechnung trug“, und weiterhin S. 53 und 54 über die Zeit Georg Wilhelms, des Großen Kurfürsten und Friedrichs III. (I.), wo ein paar Zeilen das preußische Landrecht von 1620 und einige Rechtsgelehrte der Zeit erwähnen, ohne daß Stryck genannt wird; ferner für die Blütezeit des absoluten Staats S. 101, 102, wo die Hypothekenordnung von 1783 und die Allgemeine Gerichtsordnung aufgezählt werden und über den privatrechtlichen Inhalt des ALR. außer einigen allgemeinen Bemerkungen nichts gesagt wird. Nicht anders steht es mit dem Zivilprozeßrecht und dem Strafprozeß; man ist erfreut, wenigstens die Abschaffung der Tortur (S. 72) erwähnt zu finden. Aber auch das materielle Verwaltungsrecht ist geflissentlich übergangen, obwohl es dem Verfasser naheliegt. Weder das Polizeirecht, noch das Gewerberecht (von Aufzählung einiger Gesetze und der Erwähnung der Einführung der Gewerbefreiheit S. 118 abgesehen), noch die staatlichen Maßnahmen für den Handel und für die Landwirtschaft (betr. deren die Generalkommissionen erwähnt werden), noch die Einwirkung auf das Unterrichtswesen wird behandelt, wenn man von ganz gelegentlichen Bemerkungen absieht.

Also es handelt sich lediglich um eine verfassungsgeschichtliche Darstellung. Giese periodisiert so, daß er das mittelalterliche Staatswesen und den älteren Territorialstaat bis 1619 als die Zeit der „Reichsmark Brandenburg“ zusammenfaßt und auf 30 Seiten erledigt. Dann folgt die „Errichtung des brandenburg-preußischen Gesamtstaats“ bis 1713, was auf weiteren 24 Seiten behandelt wird; sodann, davon getrennt (wofür gute Gründe sprechen), die Blütezeit des Absolutismus auf 50 Seiten, bis 1797 reichend; daran schließt sich dann das 19. Jahrhundert auf 167 Seiten, also ca. $\frac{3}{5}$ des Buches umfassend, geteilt in drei Abschnitte: Erneuerung des absoluten Einheitsstaats (bis 1848), Preußen als Verfassungsstaat und endlich Preußen als deutscher Gliedstaat (seit 1867).

Bei dieser Verteilung des Stoffes kommt m. E. die ältere Zeit verhältnismäßig zu kurz, wenn man den Maßstab eines Lehrbuchs anlegt, da ja vieles, was das 19. Jahrhundert gebracht hat, in den einzelnen Vorlesungen, besonders in der Staatsrechtsvorlesung zu bringen ist und auch künftig nicht dort übergangen werden kann, und da andererseits die heutigen Rechtsideen in ihrem Zusammenhang gerade mit den alten Einrichtungen zu zeigen sind. Es hängt das aber aufs engste mit der ganzen Art des Verfassers zusammen. Er steuert von vornherein ganz deutlich auf dogmatische Auseinandersetzungen los, und die Ausführungen über das 19. Jahrhundert lesen sich zum größten Teil, namentlich in dem Abschnitt über die preußische Verfassung wie ein Lehrbuch nicht der Rechtsgeschichte, sondern nur des Staatsrechts oder wie eine staatsrechtliche Monographie. Es kommt ihm besonders darauf an, immer wieder zu zeigen, daß bis zuletzt die gesamte Staatsgewalt beim preußischen Könige ruhte, und daß es nicht zu einer Volkssouveränität in Preußen gekommen ist; daß nur so viel Beschränkungen der königlichen Gewalt, und zwar immer nur der Ausübung nach bestanden, wie in der Verfassung ausdrücklich bestimmt ist. Er handelt staatsrechtlich-dogmatisch breit über das Verhältnis zur belgischen Verfassung, eng an Zorn und besonders H. Ubrich angelehnt (z. B. Smends Darlegungen unterschätzend, vgl. S. 192 N. 1). Man kann dem in der Hauptsache zustimmen, aber man darf doch nicht verkennen, daß die Beschränkungen der königlichen Gewalt nicht etwa als bloße Ausnahmenvorschriften ohne weiteres restriktiv auszulegen waren, sondern daß sie aus ihrem historisch bedingten Sinn und Zweck zu verstehen waren und sind. Noch weniger aber darf man verkennen, daß diese Rechtsauffassung doch nicht zugleich eine bindende Norm für das politische Handeln gab. Wenn Giese (S. 224) meint, daß Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnen mußte, weil ihre Annahme aus der Hand des Volkes das Prinzip der Volkssouveränität und die konstituierende Gewalt der Nationalversammlung sanktioniert hätte, so ist dieser bekannte Grund nur die Wiederholung des immer wiederkehrenden Leitgedankens von Giese; aber die eigentliche Frage ist doch die, ob es richtig war, sich an das bisherige politische Prinzip festzuklammern. Man wird m. E. diese letztere Frage für den damaligen Zeitpunkt vielleicht zu bejahen haben; aber es ist methodisch falsch, die Frage gar nicht zu stellen. Hätte Giese sie gestellt, so wäre er vielleicht auf den Ausspruch Rottecks verfallen, daß „die Abweichung von alten Staatsmaximen — seien sie auch illiberal und an sich tadelnswert — meistens gefährlich bleibt, wenn auf ihnen einmal das politische Gebäude ruht“, und er hätte von da aus die furchtbare Tragik erfassen und seinen Lesern verständlich machen können, unter der Preußen jetzt zusammengebrochen ist. Aber das ist nicht das Ziel Gieses. Nur selten finden sich solche politisch-geschichtlichen Bemerkungen, im ganzen verbleibt es — leider — bei den juristisch-dogmatischen Betrachtungen. Damit hängt eng zusammen, daß Giese seine vier ersten Zeitabschnitte (bis 1848) so zerlegt, daß er zuerst unter A. „Die rechtsgeschichtliche Entwicklung“ und unter B. „Die rechtsdogmatischen Ergebnisse“ schil-

dert. Es handelt sich dabei nicht um die alte Scheidung zwischen sog. äußerer und innerer Rechtsgeschichte, sondern es werden — namentlich beim absoluten Staate — die materiellen Seiten der Entwicklung unter A. geschildert und dann eine zum Teil dürre dogmatische Feststellung unter B. angeknüpft. Man lese etwa auf S. 79 ff. das über Adelstand, Bürgerstand und Bauernstand Gesagte, wo lediglich ein dürre Auszug aus dem ALR. gegeben wird, ebenso z. B. S. 86 ff. über den Beamtenstand, obwohl sich hier historisch viel sagen ließ und auch reichlich Literatur vorhanden ist (die auch Giese zum großen Teil zitiert). Schlägt man zurück, so findet man manche Angaben in dem rechtshistorischen Teile. Die Folgen solcher Behandlung sind natürlich auch öfter Wiederholungen. Es wäre richtiger gewesen, die Darstellungen der historischen Entwicklung (A.) erheblich von Einzelheiten zu entlasten und dafür die systematischen (wie es wohl richtiger anstatt „dogmatischen“ hieße) Abschnitte im einzelnen historisch zu vertiefen. Aber hier scheint mir die eigentliche Schwierigkeit zu liegen. Giese fehlt offenbar die Fähigkeit, die vergangenen Dinge genetisch und funktionell zu sehen, die juristisch-dogmatische Betrachtung überwiegt bei ihm durchaus, das Begriffliche zieht ihn an, hierfür ist das Historische der „Stoff“. Die neuere Germanistik hat sich besonders seit Brunner und Gierke stets bemüht, das Begriffliche zu erfassen, auf die begriffliche Betrachtung hinarbeiten, und sie hat damit ihre schönsten Erfolge erzielt, die Rechtsgeschichte für die Jurisprudenz gerettet. Aber diese Begriffe sind gerade durch genetisch-funktionelle Betrachtung der Institute gefunden worden, und dazu anzuleiten, scheint mir die Hauptaufgabe eines rechtsgeschichtlichen Lehrbuchs zu sein. Diesem Mangel gegenüber ist es nebensächlich, ob man die eine oder andere Materie in dem Buche vermißt. Freilich möchte ich doch die Bemerkung nicht unterlassen, daß — auch bei rein verfassungsgeschichtlicher Betrachtung — es auffallend erscheint, eine wie geringe Rolle die Kirche in Gieses Ausführungen spielt; sie kommt natürlich gelegentlich vor (vgl. z. B. S. 17. 18. 21. 42. 76. 81. 85. 91. 92. 135. 147. 250), aber man bekommt kein abgerundetes Bild von der Entwicklung der kirchlichen Verwaltungsorganisation, ja nicht einmal von den Hauptbegebenheiten; die Stellung der katholischen Kirche nach dem ALR. und die Bulle de salute animarum sowie das Breve quod de fidelium werden nur in einer Anmerkung (S. 147) erwähnt. Hier hätte doch ein Blick in die vortreffliche Darstellung von Stutz genügt, um das Nötigste zu ergänzen, abgesehen davon, daß Giese selbst sich mit Kirchenrecht ja literarisch beschäftigt hat.

Wenn im Vorstehenden mancherlei bemängelt ist, so darf doch auf der anderen Seite nicht unbetont bleiben, daß Giese einen großen Stoff mit Sorgfalt und seltenem Fleiße behandelt; seine Darstellung ist außerordentlich klar geschrieben und zeigt sehr häufig in der Anordnung den geschickten und erfahrenen Lehrer; sie macht einen wohlthuenden Eindruck durch die ehrliche und freimütige Liebe, mit der Giese an dem preußischen Königtum und dem Preußischen Staate hängt, und sie vermag gewiß ihr Teil dazu beizutragen, in unserer Jugend die Hingebung

an das Vaterland und die Achtung vor dem Historisch-Gewordenen zu stärken. In den staatsrechtlichen Erörterungen zeigt Giese natürlich auch sein juristisch-dogmatisches Können, und es mag nicht unerwähnt bleiben, daß er durch seine fleißigen Literaturzusammenstellungen die Bibliographie der preußischen Rechtsgeschichte gewiß gefördert hat, um so erfreulicher, als Bornhaks Buch (das übrigens durch Giese m. E. sonst nicht überholt ist) schon älteren Datums ist und Hintze in seinen Hohenzollern leider keine bibliographischen Angaben gemacht hat. So dient Gieses Buch trotz aller Bedenken zur Bereicherung der Wissenschaft.

Es beweist aber auch aufs neue, daß die preußische Rechtsgeschichte der wissenschaftlichen Pflege noch stark bedarf. Ich kann noch nicht so recht an den Satz Gieses glauben (S. 256), daß die preußische Staatsgeschichte abgeschlossen ist — aber wäre sie es auch, die wissenschaftliche Durchdringung der Rechtsentwicklung Preußens ist zum Verständnis unserer neueren Rechtsgeschichte seit Ausgang des Mittelalters unbedingt nötig und dementsprechend auch in der Rechtslehre zu berücksichtigen. Freilich nicht isoliert. Die preußische Rechtsentwicklung kommt wissenschaftlich nur in Betracht als ein Teil der deutschen Rechtsentwicklung überhaupt, und schon Brunner forderte daher mit Recht ihre Erweiterung zur neueren deutschen Rechtsgeschichte im Lehrbetrieb. Die deutsche Rechtsgeschichte läßt sich für die neuere Zeit am besten an einem der großen Einzelstaaten zeigen, denn sie ist wesentlich Territorialrechtsgeschichte. Aber die Bearbeitung der preußischen Rechtsgeschichte muß dabei in viel engerer Fühlung mit der Entwicklung der anderer Territorien und der allgemeinen Rechtsentwicklung erfolgen als das bisher — begreiflicherweise — geschehen ist. Vor allem muß sie unter eigentlich rechtshistorischen Gesichtspunkten erfolgen. Bloßes Nebenfach der Publizistik darf sie nicht sein, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß wir glücklicherweise die englisch-amerikanische scharfe Scheidung zwischen constitutional history und history of law nicht haben. Das hindert natürlich nicht, daß ein Publizist, der zugleich Rechtshistoriker ist, sich mit ihr befaßt. Das wird vielmehr stets in hohem Maße wünschenswert sein.

Ernst Heymann.

Theodor Knapp, Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes, I Darstellung, II Nachweise und Ergänzungen. Tübingen, Lauppische Buchhandlung 1919. VII und 210, X und 234 S. 8°.

Vor einem Vierteljahrhundert, im Jahre 1894, trat Theodor Knapp in der Einladungsschrift des Karls Gymnasiums zu Heilbronn mit einer Abhandlung über die vier Dörfer dieser ehemaligen Reichsstadt hervor.